



Network Turkey
Academic Community for Turkish Studies

Network Turkey Working Paper No. 10

Konstanten und Bestimmungsfaktoren türkischer Außen- und Sicherheitspolitik im Wandel

-

Eine Analyse mithilfe Putnams 'two-level Game'

by

Alexander Boettcher

alexander_boettcher [at] gmx.de

Jena 2011

Abstract

Turkey is complementing its EU-Membership-Process by launching initiative after initiative, which aim to stabilize the Middle East and the Caspian Region while establishing itself as energy-hub between east and west. With this new regional activism, focused on the Ottoman Empire's old sphere of influence (and therefore labeled as neo-Ottomanism), Turkey is emerging as new regional power. Turkey's pursuit of a more proactive foreign policy differs significantly from its stance during the Cold War years, when Turkey was mainly perceived as a *Lonely Warrior*. But some recent Turkish foreign policy choices have been at odds with the preferences of those allies, focusing more on establishing ties with Muslim states like Iran and Syria.

These moves suggest that Turkey has begun to redefine its traditional regional role – a move that leads to the question of whether this new multi-dimensional and neo-Ottoman approach will affect its relationship with the Western community, resulting in a gradual drifting apart, especially with regards to the Turkish EU-Membership. This paper explores the sources of exogenous and endogenous patterns associated with the Turkish foreign policy since the foundation of the Turkish Republic. By determining these major coordinates, the paper suggests a redefinition of the national identity and therefore also of the national foreign policy during the past 8 AKP-led years. By using a modification of Putnam's two-level-game, this paper sizes the major factors inducing this change. The earlier Kemalist ideology of a strict interpretation of secularism, unitary national identity, and Western-oriented anchor of policy is the antithesis of Turkey's own Ottoman past and is now being challenged by a new approach by the AKP and its mastermind *Ahmet Davutoğlu*.

The many international and domestic changes Turkey has faced since the 1980s have *unlocked* that nation, transforming it into a more open and democratic country. Simultaneously, calls for a re-foundation of Turkey's identity and its regional role, based on its pivotal and geopolitically unique location and its rich but long-denied Ottoman legacy, is leading to greater national self-confidence. The re-adjustment of Turkish foreign policy since the AKP came to power has had major implications for Turkey's regional and international orientation in the long term. This new situation demands a re-assessment of the Turkish-Western, and especially Turkish-EU relationship – by failing to correctly understand Turkey's new direction, the future of its international relationships will remain uncertain and possibly impact Turkey's EU-Membership process, resulting in even further degradation of Turkey's ties to the West.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Theoretische Konzeptionalisierung und analytischer Rahmen.....	5
3. Konstanten und Bestimmungsfaktoren türkischer Außen- und Sicherheitspolitik	8
4. Außen- und sicherheitspolitische Neuausrichtung der Türkei?.....	11
4.1 Europa	12
4.2 Naher Osten	13
4.3. Der kaspische Raum	14
5. Quo vadis Türkei? Außen- und sicherheitspolitische Dimensionen zwischen Neo-Osmanismus und EU-Integration	16
6. Schlussfolgerungen und Ausblick	19
Literaturverzeichnis	21

Dieses Working Paper ist eine Zusammenfassung der Magisterarbeit „Die Türkei auf dem Weg zur regionalen Führungsmacht. Außen- und sicherheitspolitische Dimensionen zwischen EU-Integration und Neo-Osmanismus“, Scientia Bonnensis, Bonn 2011 (im Erscheinen).

1. Einleitung

Der Zerfall der Sowjetunion und die damit verbundene Auflösung des Ost-West-Konflikts hatten eine Reihe bedeutender mittelbarer und unmittelbarer Konsequenzen zur Folge. Der Fall des Eisernen Vorhangs präsentierte einerseits neue souveräne Staaten mit alten Problemen, insbesondere mit ethnologischen Gegensätzen auf dem Balkan und dem Kaukasus, totalitären Herrschaftsstrukturen in Zentralasien sowie gesellschaftspolitischen Polarisierungen in Mittel- und Osteuropa. Andererseits veränderte sich gleichzeitig das machtpolitische Koordinatensystem der internationalen Beziehungen zunächst zugunsten der Vereinigten Staaten von Amerika (vgl. Schölvín/Mattes 2007: 2f.).

Die Eröffnung einer weiteren Runde des *Great Game* mit den Etiketten *War on Terror* und *Democratization* (vgl. Kleveman 2003; Schölvín 2009) offenbarte jedoch schnell die Grenzen der unipolaren Dominanz der USA. Der langwierige Afghanistan- und Irakkrieg – deren Ende und Auswirkungen noch nicht vollständig abzusehen sind – sowie die durch mehrere Wirtschaftskrisen deutlich gewordene wirtschaftliche Interdependenz der globalen Staatenwelt zeugen von einer weiteren Transformation der internationalen Beziehungen zugunsten einer multipolaren Weltordnung, mit wachsender Relevanz von neuen regionalen und überregionalen Akteuren (vgl. Godehardt/ Lembcke 2010: 6f.).

Als solch ein aufstrebender Akteur muss auch die Türkei bezeichnet werden. Es ist ein Faktum, dass sich die Türkei als sechstgrößte Volkswirtschaft, mit momentanen Wachstumsraten von acht bis neun Prozent, auf dem europäischen Kontinent etabliert hat (vgl. Rürup 2009: 10). Parallel zum enormen wirtschaftlichen Wandel entwickelt sich ebenso die türkische Gesellschaft mit hoher Dynamik und transformiert(e) die Türkei allmählich zu einem modernen Staat westlicher Prägung. Wichtige Impulse für die positive innen- und außenpolitische Entwicklung, welche die Türkei *grosso modo* offener, wohlhabender und demokratischer hat werden lassen, sind auch von der Europäischen Union (EU) und dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen seit dem 3. Oktober 2005 ausgegangen, denen bereits eine Reihe

tiefgreifender Reformen als Bedingungen für die Verhandlungen vorausgegangen war (vgl. Söyler 2009: 3f.).

Die Türkei hat das Potenzial zu einer regionalen Führungsmacht mit besten Beziehungen in den westlichen, arabischen und asiatischen Raum (vgl. Gürbey 2010). Inmitten dieser drei geopolitisch relevanten Regionen liegt die Türkei wie eine Brücke zwischen Orient und Okzident, die nicht nur beide Kulturkreise verbindet, sondern auch in sich vereint. Obwohl das außenpolitische Umfeld der Türkei zu den instabilsten Gegenden der Welt zählt – Irak, Iran, Armenien und Israel sind nur einige Stichworte – hat sie sich in den letzten Jahren in dieser äußerst fragilen Umgebung und sogar darüber hinaus eine besondere Rolle als ordnungspolitischer Vermittler und Stabilisator erarbeitet (vgl. Rürup 2009: 14f.). Es ist dabei mehr als offensichtlich, dass sich das Primat der türkischen Außenpolitik seit 1990 von der sicherheitsfixierten, unilateralen Dominanz hin zu einer diplomatischen und multilateralen Außenpolitik gewandelt hat (vgl. Öztürk 2009: 3), auch wenn es noch ein weiter Weg zur selbstverordneten „muslimischen Supermacht“ ist (Joffe 2010: 2). Es gilt damit als sicher, dass die seit der Staatsgründung 1923 bestimmenden Konstanten und Bestimmungsfaktoren türkischer Außen- und Sicherheitspolitik überwiegend ihre Gültigkeit verloren haben (vgl. Çaman 2004: 14). Die Beziehungen der Türkei zu den oben erwähnten Weltregionen und zu deren einzelnen Staaten – ganz besonders die zur EU – befinden sich seitdem in einem Prozess der Neuordnung mit ungewissem Ausgang. Vor diesem Hintergrund hat die vorliegende Ausarbeitung das Forschungsziel, die außen- und sicherheitspolitischen Dimensionen der Türkei im Kontext der aktuellen welt- und regionalpolitischen Rahmenbedingungen zu analysieren und diese dadurch in ihrer Gesamtheit zu begreifen, vor allem aber in Bezug auf eine mögliche Abkehr der bisher als Hauptprämisse geltenden angestrebten EU-Mitgliedschaft.

Auswirkungen der staatlichen Umwelt auf ein politisches System sind evident. Eine neorealistische Betonung der Staatsperspektive begleitet von einer Reduktion auf Machtaspekte und einer Unterstreichung utilitaristisch-

rationalen Verhaltens greift jedoch zu kurz. Vielmehr ist es erforderlich, außenpolitisches Verhalten von Staaten durch weitere Erklärungskategorien wie Normen, Werte und Ideologien zu verdeutlichen. Dadurch erhält der Analyserahmen neben einer außerstaatlichen außerdem eine innerstaatliche Perspektive, weswegen im Folgenden postuliert wird, dass sowohl externe als auch interne Anforderungen und Einflüsse staatliches Handeln motivieren: Auf dieser Grundlage gestalten sich sowohl die theoretische Konzeptionalisierung in Kapitel 2, basierend auf dem *two-level game* (Zwei-Ebenen-Modell) des Politikwissenschaftlers Robert D. Putnam, als auch die Analyse der Konstanten und Bestimmungsfaktoren türkischer Außen- und Sicherheitspolitik in Kapitel 3. Bei der Untersuchung des aktuellen auswärtigen Kurses der Türkei konzentriert sich die vorliegende Arbeit in Kapitel 4 auf drei Fallbeispiele: 1) die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, 2) die türkische Nahostpolitik und 3) die türkische Kaspienpolitik. Schließlich werden im fünften und sechsten Kapitel im Rahmen einer Policy-Analyse und im Zusammenhang mit der aufgestellten Hypothese Schlussfolgerungen sowie mögliche Perspektiven der Türkei diskutiert.

Forschungsstand und Forschungsfrage

Die Relevanz der vorliegenden Analyse ergibt sich einerseits aus der immer wieder aufkommenden politischen Diskussion um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei, andererseits aus tagespolitischen Ereignissen, in denen die Türkei eine immer dominanter Rolle einnimmt. Der wirtschaftliche und politische Aufstieg der Türkei in den letzten Jahren sowie eine Veränderung der machtpolitischen Konstellationen der internationalen Beziehungen haben schließlich (wieder) die Aufmerksamkeit der Wissenschaft verstärkt auf die Türkei gelenkt, die damit ihrer wachsenden Bedeutung gerecht wird.

Es gibt in der Forschung dabei einen Widerspruch hinsichtlich der türkischen auswärtigen Orientierung. Die eine Gruppe von Autoren konstatieren einen grundsätzlichen *post-atatürkschen* Wandel (vgl. Mielke 2007: 8), der sich in einer Distanzierung bzw. pragmatischen Modifizierung des Kemalismus äußert und sich unter anderem durch einen gestiegenen

regionalen Aktivismus und die Suche nach kooperativen Win-Win-Lösungen manifestiert. Grundsätzliche Implikationen auf die türkische EU- und Westbindung werden hingegen überwiegend nicht postuliert (vgl. Gürbey 2010, Kramer 2010a, Çaman 2004). Andere Autoren halten eher die Veränderung der exogenen Umwelt nach dem Paradigmenwechsel der internationalen Beziehungen für den Grund der türkischen Neujustierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Sie argumentieren, dass der Wandel der türkischen Außenpolitik weniger eine Neubewertung der kemalistischen Grundprinzipien darstellt, sondern vielmehr eine Anpassung an die veränderte Geographie in der türkischen Nachbarschaft und in den Beziehungen (vgl. Mielke 2007: 8f.). Sule Kut konstatiert: „There has been no change in Turkey’s foreign policy line of the status quo, but a change of the status quo in the regions surrounding Turkey“ (Kut 2001: 10).

Dieser wissenschaftliche Dissens basiert also primär auf der Uneinigkeit in der Forschung, was Staaten zu einem außenpolitischen Kurswechsel veranlasst und nach welchen Kriterien dieser analysiert werden kann. Es ist also unklar, ob ein außenpolitischer Kurswechsel von vor allem endogenen oder exogenen Veränderungen und Entwicklungen induziert wird. Letztlich geht es um die Frage, wie viel Innenpolitik in der Außenpolitik steckt, und vice versa. Es liegen jedoch nur wenige wissenschaftliche Analysen vor, die in einer theoretisch herausgearbeiteten, multikausalen Herangehensweise, unter der Berücksichtigung quasi beider Seiten der Medaille, mögliche Erklärungsfaktoren für den Wandel der (türkischen) Außenpolitik anbieten. Diese Forschungslücke soll die vorliegende Abhandlung schließen helfen.

Zentrales Forschungsinteresse

Der rasante wirtschaftliche und politische Aufstieg der Türkei lässt verschiedene Annahmen über die Absichten der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik zu, insbesondere aber über die Abkehr von der lange Zeit als Hauptprämisse geltenden Mitgliedschaft in der EU. Vor diesem Hintergrund hat die vorliegende Ausarbeitung das Forschungsziel, die außen- und sicherheitspolitischen Dimensionen der Türkei im Kontext

der aktuellen welt- und regionalpolitischen Rahmenbedingungen zu analysieren und diese dadurch in ihrer Gesamtheit zu begreifen. Ausgangspunkt für das folgende Erkenntnisinteresse ist die in der aktuellen Forschung immer wieder postulierte Annahme, dass sich die Türkei mit ihrem derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Kurs einer neuen regional bezogenen Identitätsbildung auf dem Weg zu einer regionalen Führungsmacht befindet (vgl. Öztürk 2009, Kramer 2010b, Gürbey 2010).

Im Rekurs darauf wird die Hypothese aufgestellt, dass, aufgrund einer insbesondere nach 1990 anhaltenden Transformation der internationalen sowie regionalen Ordnung einerseits und einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung andererseits, eine Veränderung der geopolitischen Eigeneinordnung und damit eine Neujustierung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik stattgefunden hat (Teilhypothese I), welche zu einer Abkehr der bisher als Hauptprämisse geltenden angestrebten EU-Mitgliedschaft führen wird (Teilhypothese II).

2. Theoretische Konzeptionalisierung und analytischer Rahmen

Im Bezug auf die Hypothese – der Neujustierung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik und der in diesem Zusammenhang angenommenen Abkehr der bisher als Hauptprämisse geltenden angestrebten EU-Mitgliedschaft – ist festzustellen, dass diese postulierte Neujustierung vor allem Ausdruck einer veränderten geopolitischen Eigeneinordnung ist. Diese Feststellung bezieht sich dabei auf den anhaltenden Strukturwandel der internationalen Beziehungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1990, der das außen- und sicherheitspolitische Umfeld der Türkei gravierend veränderte und damit neue Anreize schuf, jedoch ebenso Zwänge für das Land bedeutete (vgl. Nolte 2006: 2f.). Weiterhin bezieht sich die obige Feststellung auf die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse, die eine weitere wirtschaftliche und politische Öffnung der Türkei forcierten (vgl. Öztürk 2009: 3, Gürbey 2010: 18f.).

In diesem Spannungsfeld befindet sich die Türkei in einem konstanten Anpassungsprozess, was das gestiegene regionale Engagement der Türkei erklärt, sowie die Tatsache, dass die Türkei in der Forschung wahlweise als neue regionale Führungsmacht, als Schlüsselstaat (*pivotal state*) oder Ankerland gehandelt wird (vgl. Öztürk 2009: 4). Die Türkei verfügt aufgrund ihrer besonderen geostrategischen Lage sowie ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Charakteristika ohne Frage über das nötige Potenzial (vgl. Hibbeler 2006; Keyman 2009; Gürbey 2010). Dies wird auch durch den Anspruch der türkischen Regierung reflektiert. Staatspräsident *Abdullah Gül* formulierte in der Rolle des türkischen Außenministers die regionale Rolle der Türkei wie folgt: „Turkey’s unique historical, political and social experience bestow upon it both a role and a responsibility to promote peace, security and prosperity in the immediate region and beyond“ (Gül 2004: 3).

Die von *Gül* skizzierte außenpolitische Orientierung der Türkei basiert vor allem auf den für Heinz Kramer „pseudowissenschaftlichen“ (Kramer 2010c: 5) Konzepten des jetzigen Außenministers *Ahmet Davutoğlu*. Die außenpolitische Vision einer *Strategischen Tiefe* (*Stratejik derinlik*) hat *Davutoğlu* in dem gleichnamigen Buch¹ bereits 2001 vorweggenommen. In dieser Form der Außenpolitik soll die Türkei als Schlüsselstaat zwischen Europa, dem Nahen Osten und Zentralasien auftreten, zur regionalen Führungsmacht aufsteigen und ihren Status als Peripheriestaat Europas aufgeben (vgl. Öztürk 2006: 26). Dieser mehrdimensionale Ansatz soll der geographischen Lage, den sich daraus ergebenden multiplen Identitäten – und natürlich dem historischen Bezug zum Osmanischen Reich – Rechnung tragen. Aus dieser Perspektive ist auch die Charakterisierung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik als Neo-Osmanismus verständlich, aber problematisch.

Denn diese Beschreibung hat oftmals eine negative Konnotation und meint eine streng religiöse, vor allem islamische und expansive

¹ Davutoğlu, Ahmet (2002): *Stratejik Derinlik* (Strategische Tiefe), Istanbul.

außenpolitische Agenda. Dieses Verständnis ist jedoch aus zwei Gründen fehlerhaft: Zum einen war der Osmanismus originär eine politisch-liberale Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die weniger den Islam, sondern den multiethnischen und -kulturellen Charakter des Osmanischen Reiches als wesentliches Element für dessen *Wiedergeburt* betonte. Zum anderen war der moderne Neo-Osmanismus eine intellektuelle Charakterisierung für die pragmatische Öffnung und Repositionierung der Türkei zum Ende des Kalten Krieges durch den Ministerpräsidenten *Turgut Özal*, die mit einem eindeutig historischen und weniger mit einem religiösen Bezug verbunden war, und auch die türkischen Grenzen, vor allem zum Nordirak, ändern wollte (vgl. Kramer 2010c: 6f.).

Aus dieser Perspektive offenbart sich der breite Interpretationsspielraum des politischen Konzepts des Neo-Osmanismus, der weder eine bestimmte politische oder ideologische noch eine exklusiv geographische Präferenz meint; erst recht kein ausgearbeitetes analytisches Konzept. In dieser Arbeit bedeutet Neo-Osmanismus vielmehr die konsequente außen- und sicherheitspolitische Öffnung der Türkei, vor allem in den Grenzen des Osmanischen Reiches, mit dem Bewusstsein für die exponierte geographische Lage der Türkei und ihrer Geschichte. Ziel ist es, in diesem Rahmen zu einer regionalen Führungsmacht aufzusteigen, wenngleich die türkische Regierung dies nicht offen ausspricht. Diese Strategie ist bislang komplementär zur verfolgten EU-Mitgliedschaft und Kennzeichen der multidimensionalen Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei (vgl. Öztürk 2006: 26).

Eigener Forschungsansatz: eine Modifikation von Putnams two-level game

Außen- und sicherheitspolitische Ziele sind vor allem das Ergebnis eines Interaktionsprozesses der gestaltenden politischen Eliten und Entscheidungsträger mit der außerstaatlichen Umwelt. Durch die Differenzierung der Handlungs- und Akteursebenen – systemisch oder subsystemisch – wird angenommen, „dass sowohl exogene als auch endogene Anforderungen staatliches Handeln bestimmen, da sich staatliche Akteure immer auf zwei Ebenen – zwischen internationalen und innenpolitischen Kontexten –

bewegen“ (Öztürk 2009: 5). Unter exogenen Einflussfaktoren werden dabei systemische Einflüsse wie die internationale Machtverteilung, die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Landes sowie die Einbindung in internationale Verhandlungssysteme subsumiert, unter endogenen Einflussfaktoren hingegen die Form des politischen Systems, politische und gesellschaftliche Eliten und Entscheidungsträger sowie die Eigendynamik innerpolitischer Machtkämpfe (vgl. Wilhelm 2006: 226f.). Die vorliegende Arbeit konzentriert sich dementsprechend neben dem außerstaatlichen ebenfalls auf den innerstaatlichen Kontext türkischer Außen- und Sicherheitspolitik und versucht mit Hilfe einer Modifikation des Modells von Putnam den Einfluss beider Seiten auf die türkische Außen- und Sicherheitspolitik zu erklären.

Putnam² beschrieb mit seiner Metapher vom *two-level game* die Interaktion von Staaten an Verhandlungstischen sowie den Einfluss innenpolitischer Akteure wie Parteien und Interessengruppen etc. *Policy outcome* könne demnach nur dann erreicht werden, wenn innerhalb sämtlicher Entscheidungsarenen – sowohl inner- als auch außerstaatlich – Konsens herrsche (vgl. Schieder 2006: 197f.). Innerhalb dieses Verhandlungssystems ist die Staatsexekutive das Medium zwischen nationaler Interessenartikulation und internationaler Politik. Mit dieser Definition von Interaktionen innerhalb der internationalen Politik reagierte die Theoriebildung zum einen auf die Defizite struktureller domesticer Erklärungen, zum anderen auf den seit den 1970er Jahren immer stärker werdenden Bedarf an internationaler Politikkoordination. In seinem 1988 erschienenen Aufsatz *Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games* (Putnam 1988) prägte Putnam die zentralen terminologischen und konzeptionellen Grundlagen, die bis heute eine intensive wissenschaftliche Debatte mit

² Robert David Putnam (1941) ist ein amerikanischer Soziologe und Politikwissenschaftler sowie Professor an der Harvard University. Mehr Informationen auf der Website der Universität Harvard unter: <http://www.hks.harvard.edu/about/faculty-staff-directory/robert-putnam>.

zahlreichen Modifikationen hervorbrachte (vgl. Zangl 1999; Moravcsik 1994; Milner 1997; Schieder 2006).

Der Zwei-Ebenen-Ansatz stellt eine theoretische Verbindung zwischen zwei Analyseebenen her, der systemischen bzw. internationalen Ebene und der subsystemischen bzw. innenpolitischen Ebene, die Putnam folgendermaßen beschreibt: „The politics of many international negotiations can usefully be conceived as a two-level game. At the national level, domestic groups pursue their interests by pressuring the government to adopt favorable policies, and politicians seek power by constructing coalitions among those groups. At the international level, national governments seek to maximize their own ability to satisfy domestic pressures, while minimizing the adverse consequences of foreign developments. Neither of the two games can be ignored by central decision-makers, so long as their countries remain interdependent, yet sovereign“ (Putnam 1988: 434). Die Rolle der Staatsleute, also der politischen Entscheidungsträger, wird von Putnam dabei als theoretisch verbindendes Element beider Analyseebenen betont. Putnams Ausgangsfrage war, wann und wie Innenpolitik die internationalen Beziehungen beeinflusst, und vice versa (vgl. ebd. 1988: 428). Seine zentrale Schlussfolgerung dabei lautete, dass die Exekutive als nationaler Verhandlungsführer danach strebe, sich bei internationalen Verhandlungen an innenpolitischen Forderungen und Bedürfnissen oder an intern getroffenen Vereinbarungen *binden zu lassen (Tying Hands)*, um auf der internationalen Verhandlungsebene eine stärkere Position einnehmen zu können. Damit ist (vgl. Schieder 2006: 198f.).

In Bezug auf den ersten Teil der dieser Arbeit zugrundeliegenden Hypothese – der Neujustierung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik – muss der Ansatz Putnams entsprechend modifiziert werden: Zentral bleibt weiterhin der Staat als dominierender Akteur zwischen beiden Akteursebenen. Dieser befindet sich in einem ständigen Interaktionsprozess mit der außerstaatlichen Umwelt, aber auch den innerstaatlichen Realitäten. Während nach Holsti die Ebene des internationalen Systems durch seine Struktur, die Weltwirtschaft, das

internationale Recht, globale und regionale Probleme etc. immer die Handlungsmöglichkeiten eines Staates erweitern oder verengen kann und somit die nationale Agenda eines Staates beeinflusst (vgl. Holsti 1995: 252), muss der Staat immer auch den innenpolitischen Kontext und damit sozioökonomische und sicherheitspolitische Faktoren, nationale Werte sowie Geschichte und Kultur, politisches System und öffentliche Meinung berücksichtigen (vgl. ebd. 1995: 255).

Aus der liberalen Schule wird deshalb die Annahme entnommen, dass der Staat als handelnder Akteur in Form seiner Regierung die Kluft zwischen innerstaatlicher und internationaler Politik überbrückt und in einem Zwei-Ebenen-Spiel zusätzlich die Funktion eines Mediators übernimmt. Dieser Mediator bündelt und kanalisiert die gesellschaftlichen Strömungen und Präferenzen und wird von den jeweiligen gestaltenden politischen Eliten und Entscheidungsträgern auf der endogenen Seite und durch das internationale System auf der exogenen Seite beeinflusst. Das Verhältnis des internationalen Staatensystems und der außenpolitischen Orientierungen der Staaten innerhalb dieses Systems wird als ein komplementäres verstanden, in dem sich die Strukturen und Akteure gegenseitig konstituieren. Dadurch ist das internationale System einer fortwährenden Transformation unterworfen. Außenpolitische Entscheidungen lassen sich deshalb selten bruchlos auf internationale Anreize und Zwänge zurückführen. Das politische System, der Herrschertyp der Eliten und die Eigendynamik des innenpolitischen Machtkampfes (wie Ausmaß der parlamentarischen Kontrolle, die Einbindung von Interessengruppen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, bürokratische Entscheidungsprozesse sowie Machtverhältnisse) beeinflussen die staatliche Außen- und Sicherheitspolitik ebenso. Insofern wird dadurch die analytische Abgrenzung von Innen- und Außenpolitik zunehmend obsolet (vgl. Öztürk 2009: 3).

Auch dem Verständnis dieser Arbeit nach greift eine einseitige Analyse außen- und sicherheitspolitischer Determinanten zu kurz. Außenpolitisches Handeln eines Staates wird als

ein politischer Kreislauf, ein wechselseitiger Austausch von exogenen und endogenen Faktoren verstanden, was beide Kräfte als wesentliche Quelle für außen- und sicherheitspolitische Determination vermuten lässt (vgl. Holsti 1995: 285). Dies gilt insbesondere für die Türkei. Denn im Vergleich zu den europäischen Demokratien ist dieser Einfluss in der Türkei weitaus größer, da sich die innenpolitischen Strukturen wesentlich von denen in anderen europäischen Ländern unterscheiden. Hierbei sind vor allem die Rolle des Militärs, der ausgeprägte Nationalismus und die auf Export ausgerichtete Wirtschaft von großer Bedeutung. Auf der anderen Seite ist die Türkei auch aufgrund ihrer geopolitischen Lage, Geschichte und Struktur aus der exogenen Perspektive ein Sonderfall (vgl. Bellers/Kirchschlager 2010: 80f.).

3. Konstanten und Bestimmungsfaktoren türkischer Außen- und Sicherheitspolitik

Unter der Berücksichtigung des vorgestellten modifizierten theoretischen Modells werden im Folgenden die wesentlichen exogenen und endogenen Determinanten der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen von Konstanten und Bestimmungsfaktoren vorgestellt. Auf die Frage nach dem primären Einfluss der bestimmenden Handlungsebene – systemisch oder subsystemisch – auswärtigen Verhaltens eines Staates lautete die Grundthese nach Putnam, dass sowohl externe als auch interne Einflüsse auf das staatliche Handeln wirken. Demnach muss nach exogenen und endogenen Determinanten gefragt werden:

In Bezug auf die Frage nach den exogenen Determinanten türkischer Außen- und Sicherheitspolitik wird deutlich, dass vor allem: 1) Die geographische Lage der Türkei und die daraus resultierende geopolitische Bedeutung von großer Relevanz sind. Ihre natürliche Lage im Zentrum eines Interessen- und Krisendreiecks – Balkan, Kaukasus, Naher Osten – stellte und stellt das Land strukturell vor große außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen und Chancen. Die militärischen Konflikte in Folge der Ost-West Auflösung hatten innen, wie außenpolitische Konsequenzen: Flüchtlinge,

wirtschaftliche Einbußen, politische Einflussnahme anderer Staaten im „Hinterhof“ der Türkei, Benachteiligung türkisch-islamischer Minderheiten auf dem Balkan etc. Hinzu kommt der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. Einerseits galt und gilt es dieses instabile Umfeld zu berücksichtigen, andererseits entwickelten sich vor allem nach 1990 aus eben dieser besonderen Mittellage wirtschaftliche und politische Optionen, die der Türkei einen wirtschaftlichen Boom bescherten und ihren politischen Einfluss erweitern konnten (vgl. Hoffmann 2003: 46).

Komplementär dazu muss ihr historisches Erbe als Folgestaat des Osmanischen Reiches gesehen werden, das bis heute die nachbarschaftlichen Beziehungen der Türkei sowohl im positiven als auch negativen Sinne überschattet. Zudem wirkten die Erfahrungen und Lehren aus dem Osmanischen Reich bei der Gründung der Türkei unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, neben der folgenden existenziellen Konfrontation der Gründungselite während des Befreiungskrieges (*Trauma von Sèvres*), als exogener Einfluss auf die türkische Führungsschicht. Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg 1918 folgten im Rahmen der bedingungslosen Kapitulation die Besetzung und endgültige Zerschlagung des Riesenreiches: Griechenland, Italien, Frankreich, Großbritannien, Armenier und Kurden waren bestrebt, das noch verbliebene Anatolien im *Vertrag von Sèvres* (August 1920) unter sich aufzuteilen. Sich dem widersetzend, entstand in Anatolien ein nationaler Widerstand, der ab März 1921 von General *Mustafa Kemal* (ab 1934 *Atatürk* – Vater der Türken) angeführt wurde. Im Rahmen des Befreiungskrieges (1919-1923) gelang es *Kemal*, die Gründung der Türkei – im *Vertrag von Lausanne* 1923 legitimiert – in den tatsächlich beherrschten Gebieten, also in den heutigen Grenzen, durchzusetzen (vgl. Seufert/Kubaseck 2006: 81ff.).

Die Angst vor einer Teilung des Landes, die durch den Vertrag von Sèvres real erschien, sitzt tief im nationalen Bewusstsein der Türkei und nährt, bekannt als *Sèvres-Syndrom*, bis heute ein übersteigertes Nationalitätsverständnis und die Vorstellung von der Notwendigkeit eines starken Staates und die Angst vor territorialem

Separatismus (vgl. Soysal 2004: 41; Ahmad 2004: 9). Kemal formulierte entsprechend die – als Kemalismus bezeichnete – außen- und sicherheitspolitische Doktrin. Diese gilt bis heute als ideologische Grundlage türkischer auswärtiger Orientierung: Im Zentrum dieses Verständnisses steht der Imperativ, die türkische Republik in ihrer territorialen und gesellschaftlichen Grundlage nach 1923 zu sichern und durch einen starken Staat eine Situation wie 1920 unter allen Umständen zu vermeiden (vgl. Gürbey 2010: 18; Ahmad 2004: 9). Die geopolitische Bedeutung der Türkei sowie seine historische Nähe zum Osmanischen Reich wurden dabei zunächst ausgeblendet, da man auf die nationale und territoriale Konsolidierung fokussiert war und mit dem Osmanischen Reich Instabilität, Rückschritt und Niederlagen assoziierte.

2) Als zweiter exogener Faktor sind die internationalen Beziehungen hervorzuheben, denn während des Kalten Krieges ergab sich für die Türkei wenig Raum, außenpolitisch aktiv zu werden, zumal man sich – auch durch den Kemalismus bedingt – im Rahmen von NATO, OECD und EWG zu einer bedingungslosen Westbindung entschlossen hatte. Mit dem Auflösen des Ost-West-Antagonismus 1990/1991 veränderte sich der außenpolitische Rahmen der Türkei und es eröffneten sich neue Chancen und Möglichkeiten, auch im Einklang mit ihrem historischen Erbe. Der frühere türkische Außenminister *İlter Türkmen* stellt fest, dass die türkische Außenpolitik immer reaktiv gewesen sei, man also immer gewartet habe, bis etwas passierte, um dann die eigene Position zu verteidigen (vgl. Seker 2010: 1). Diese Einschätzung wird auch vom ehemaligen türkischen Diplomaten *Temel İskit* geteilt, der vermerkt, dass sich die Türkei wegen des Unabhängigkeitskampfes der jungen Republik und des folgenden Kalten Krieges ständig in der Defensive befunden habe. Das sei jetzt anders (vgl. Kristianasen 2010: 3).

Und tatsächlich, es scheint Anspruch der türkischen Regierung zu sein, die Türkei als regionale Ordnungsmacht zu etablieren. Ausgangspunkt dieses Anspruches ist nun das Zusammenspiel der geographisch exponierten Lage an der Schnittstelle von Europa und Asien

mit ihrer Geschichte, die sich wiederum in ihrer Identität als prowestlicher und demokratischer Staat mit einer mehrheitlich muslimischen Gesellschaft widerspiegeln und somit das Land für eine regionale Vermittlerrolle prädestinieren (vgl. Gürbey 2010: 21). Damit bezieht sich die aktuelle AKP-Regierung deutlich auf die geopolitischen Sachzwänge sowie ihre historischen Wurzeln, die aus ihrer Sicht eine besondere Rolle der Türkei legitimieren, was im Kontrast zur kemalistischen Sichtweise einer Veränderung der geopolitischen Eigeneinordnung gleichkommt. Gleichzeitig wird dieser Anspruch durch die Entwicklungen innerhalb der internationalen Beziehungen, hin zu einer multipolaren Staatenwelt, flankiert, die erst den Raum für die ambitionierten außen- und sicherheitspolitischen Ziele der Türkei schaffen. Konzeptionelle Grundlage der derzeitigen Außenpolitik ist, wie bereits festgestellt, das Konzept der *Strategischen Tiefe* (vgl. ebd. 2010: 21). Eine gutnachbarschaftliche Politik zur Lösung bilateraler Probleme (Null-Problem-Politik) ist das Ziel, die Methode dabei *soft power*³ (vgl. Kristianasen 2010: 1). Der im Rahmen dieser vorgestellten Strategie entstandene regionale Aktivismus basiert aber auch auf der Veränderung endogener Parameter:

Auf die Frage nach endogenen Determinanten türkischer Außen- und Sicherheitspolitik sind vor allem drei Punkte hervorzuheben:

1) So sind vor allem die Dominanz des ideologischen Einflusses des Staatsgründers *Kemals* und seine in Form des Kemalismus auf die Staats- und Gesellschaftsform der Türkei übertragene Perzeption der außerstaatlichen Umwelt der Türkei deutlich sichtbar. Das politische System der Türkei und die vorherrschenden ideologischen Triebkräfte können dabei als wesentliche endogene Determinanten im Rahmen von Konstanten und Bestimmungsfaktoren türkischer Außen- und Sicherheitspolitik subsumiert werden. In dieser

³ Unter *soft power* wird in dieser Arbeit, in Anlehnung an *Joseph Nye*, die Fähigkeit eines Staates oder eines anderen politischen Gebildes verstanden, durch Attraktivität und Überzeugung Kooperation zu initiieren bzw. die eigenen Interessen durchzusetzen. Im Gegensatz dazu wird *hard power* als Form von Zwangsgewalt oder Androhung von Zwang gesehen (vgl. Nye 2005).

Hinsicht spiegelt der Staatsaufbau die bedeutende Rolle des türkischen Militärs und der Gründungseliten wider, welche historisch und politisch begründet ist und sowohl die außen- und sicherheitspolitische Orientierung als auch innenpolitische Entwicklungen lange Zeit dominierte.

2) Als zweite wichtige endogene Determinante sind die wirtschaftliche Liberalisierung und Öffnung der Türkei Anfang der 1980er Jahre und eine damit einhergehende gesellschaftliche und politische Transformation – auch im Rahmen der EU-Assoziation – zu nennen, welche die Türkei grosso modo demokratischer und pluralistischer haben werden lassen. Diese innenpolitische und dann bedingt durch den Fall des Eisernen Vorhangs ab 1990 auch außenpolitische Öffnung, welche unter *Özal* begann, bildet die Grundlage des politischen Aufstiegs der Türkei, der auch von der AKP verkörpert wird. Denn die AKP ist dabei das beste Beispiel für die Stratifikation der innenpolitischen Machtzentren und Akteure, bedingt durch den Aufstieg der anatolischen Mittelschicht und ihrer Herausforderung der traditionellen kemalistischen Elite. *Erdoğan*, *Gül* und *Davutoğlu* kommen aus eben dieser neuen anatolischen Elite, die islamisch-konservativ geprägt ist und die infolge des wirtschaftlichen Aufstiegs und der weiterführenden Demokratisierung der Türkei sozialisiert und an Einfluss gewonnen hat (vgl. Seker 2009: 1).

In der Forschung wird zudem insbesondere die EU-Beitrittsperspektive seit dem EU-Gipfel in Helsinki 1999 als Katalysator und als Anker des türkischen Demokratisierungsprozesses angesehen (vgl. dazu Söyler 2009). Es wird postuliert, dass es zwar einen starken gesellschaftlichen Wunsch nach verstärkter Demokratisierung gab (vgl. Rürup 2009: 6), jedoch erst durch den 1999 verliehenen Kandidatenstatus der Türkei und damit mit einer konkreten Aussicht auf einen EU-Beitritt neue Dynamiken zur Durchführung von Reformen entstanden (vgl. Söyler 2009: 3). Seitdem hatte sich der EU-Beitrittsprozess in der Türkei in einen Reformprozess verwandelt, „der historisch genannt werden kann“ (ebd.). So kam es zwischen 2001 und 2004 zu umfassenden Verfassungsänderungen und Reformpaketen, die

sich an den Kopenhagener Kriterien⁴ orientierten und das Land demokratischer machten (vgl. Öztürk 2009: 12). Im Zuge des EU-Beitrittsprozesses kam es also zu einem institutionellen und rechtlichen Wandel, der einerseits das Dauerspannungsverhältnis zwischen militärisch-bürokratischen und zivilen Eliten formal zugunsten einer Pluralisierung des öffentlichen Bereichs verminderte und gleichzeitig einen gesteigerten Machtkampf zwischen traditionellen und neuen Machtzentren provozierte, dessen Ausgang weiterhin offen ist (vgl. ebd. 2009: 7).

Dieser Machtkampf zwischen kemalistischer und islamisch-konservativ geprägter Elite wird dabei oft allein auf die Gretchenfrage reduziert, wie man es mit der Religion halte, also welche Rolle diese im Staatssystem einnehmen soll. Dabei ist eindeutig, dass die Türkei unter der AKP-Regierung nicht islamistischer, sondern europäischer geworden ist, wenngleich vor allem die jüngsten Entwicklungen und Konsequenzen durch die Verfassungsreform 2010 noch nicht absehbar sind (vgl. Kramer 2009: 5f.).

Diese bedeutet zwar vereinzelt wichtige und richtige Schritte hin zu mehr Demokratie, andererseits aber auch eine einseitige politische Stärkung *Erdoğan*s zu Lasten einer pluralistischen Demokratie in der Türkei (vgl. Thumann 2010a: 2). Der Journalist Michael Thumann stellt dazu fest: „Zielstrebig beschneidet der Premier die ausladende Macht der Armee. Die geplanten Grundgesetzänderungen sind wieder ein paar Schritte mehr. Mit der renovierten Verfassung öffnet *Erdoğan* auch die bisher geschlossenen Systeme der Justiz. Ergebnis: Die Kemalisten verlieren allmählich ihre Bastionen – und *Erdoğan* seine Konkurrenz im Staatsapparat“ (ebd. 2010a: 3). Dazu kommen nach wie vor regelmäßig Verstöße gegen die Menschenrechte und die Meinungsfreiheit. Der innenpolitische Macht-

⁴ Die Kopenhagener Kriterien umfassen: 1. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechte, 2. funktionierende Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit im EU-Binnenmarkt, 3. Übernahme des *Acquis communautaire*, 4. Fähigkeit zur Erfüllung der EU-Verpflichtungen im Rahmen der politischen, wirtschaftlichen und Währungsunion und 5. Aufnahmefähigkeit der EU (vgl. Senkyr 2010: 98).

kampf ist in Bezug auf seinen Ausgang noch nicht völlig entschieden, aber entscheidend für die zukünftige Entwicklung der Türkei.

3) Als dritter endogener Einflussfaktor ist somit der Kulturkampf zwischen kemalistischer und islamisch-konservativer Elite zu nennen, der nicht nur die türkische Innen-, sondern auch die türkische Außen- und Sicherheitspolitik erheblich beeinflusst(e). Eine Lösung des Konflikts und der damit verbundenen Themen wie der Kurdenfrage, religiöser und wirtschaftlicher, aber auch außen- und sicherheitspolitischer Orientierung hängt insbesondere davon ab, ob es der türkischen Gesellschaft gelingt, eine Identität zu entwickeln, die nicht nach ethnischer und kultureller Homogenisierung strebt, sondern zugunsten eines pluralistischen Ansatzes weicht, der sich durch Integration und Anerkennung aller gesellschaftlichen Gruppen auszeichnet und das staatliche und nationale Korsett des Kemalismus überwindet (vgl. Mielke 2007: 49).

Die in diesem Zusammenhang postulierte Teilhypothese einer Neujustierung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik aufgrund einer veränderten geopolitischen Eigeneinordnung, induziert durch eine insbesondere nach 1990 anhaltende Transformation der internationalen sowie regionalen Ordnung einerseits und einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung andererseits, kann insofern verifiziert werden. Diese Neujustierung ist jedoch kein substanzieller Paradigmenwechsel, sondern hat ihren Ursprung in der außenpolitischen Öffnung seitens *Özals* mit Beginn der 1980er Jahre. Neu hingegen sind jedoch das (neo-osmanische) Selbstverständnis und -bewusstsein sowie die außenpolitische Dimension dieses Konzepts (vgl. Gürbey 2010: 25f.). Der dominierende Sicherheitsansatz in der Außenpolitik, also die Konzentration auf nationale Sicherheit und eine konfrontative Linie und damit auf Perpetuierung der öffentlichen Meinung über Bedrohung von inneren Kräften und äußeren Mächten, ist unter der AKP-Regierung zugunsten eines liberalen Ansatzes und damit Kooperation, Dialog, Multilateralismus und der Suche nach Win-Win-Situationen gewichen (vgl. ebd. 2010: 20).

Die Frage, die sich nun anschließt, lautet, wohin möchte die Türkei – und um welchen Preis? Ist

das Ziel der strategischen Neuausrichtung weg von der EU und den USA? Tatsache ist, dass die Türkei hinsichtlich einer außenpolitischen Entwicklung vor dem Scheideweg steht. Im Folgenden wird deshalb die aktuelle außen- und sicherheitspolitische Entwicklung der Türkei anhand von drei Fallbeispielen untersucht.

4. Außen- und sicherheitspolitische Neuausrichtung der Türkei?

In den Medien, der Forschung, der Wissenschaft sowie in der Politik wird intensiv über das *neue türkische Selbstbewusstsein* und den damit zusammenhängenden Konsequenzen einer Neujustierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik diskutiert. Tatsache ist, dass sich die außenpolitische Orientierung der Türkei seit den 1990er Jahren stetig verbreitert hat, also komplexer und vielfältiger geworden ist. Von einer eindimensionalen, passiven Außen- und Sicherheitspolitik hin zu einer dynamischen und vielseitigen Diplomatie – so zumindest im Anspruch.

Der Architekt dieser Ausrichtung, *Davutoğlu*, konstatiert: „Früher betrachteten manche die Türkei als einen Akteur mit starken Muskeln, schwachem Magen, Herzproblemen und einem mittelmäßigen Gehirn. Will sagen: starke Armee, schwache Wirtschaft, mangelndes Selbstbewusstsein und ein Defizit an strategischem Denken“ (Seker 2009: 1). Heute aber engagiert sich die Türkei wirtschaftlich und politisch auf verschiedenen Arenen der internationalen Politik und vermittelt etwa auf dem Balkan, im Nahen Osten oder im Kaukasus (vgl. Kanat 2010: 209). Die Türkische Wirtschaft wächst parallel dazu rasant und damit auch der türkische Einfluss in der Region.

Als Neo-Osmanismus beschreiben Kritiker die Politik der Rückbesinnung der Türkei auf die alte osmanische Einflusssphäre und damit eine Wiederkehr alter imperialer Absichten (vgl. Schlamp/Steinvorth/Zand 2009: 90ff.). Andere befürchten in der intensiven regionalen Aktivität eine Abkehr vom Westen durch eine *Vermittelöstlichung* (vgl. Perthes 2004) und eine zunehmende Islamisierung der Türkei, was mit Kontakten der AKP-Regierung zum Iran oder

Syrien und im zunehmend gespannten Verhältnis zu Israel begründet zu sein scheint (vgl. Joffe 2010). Andere Kritiker wie der *Milliyet*-Kolumnist *Semih Idiz* bescheinigen der Türkei wiederum Größenwahn und der Türkeiexperte des Washingtoner *Carnegie Endowment*, *Henry Barkey* schreibt sogar: „Die Türken leiden an einer aufgeblasenen Wahrnehmung ihrer eigenen Wichtigkeit“ (Joffe 2010: 4). Doch was stimmt wirklich?

Grundsätzlich hat Ankara erkannt, dass mit dem Ende der Sowjetunion die regionalstrategische Schlüsselstellung der Türkei insofern exklusiv ist, „als die Flankenmacht Europas zugleich wieder [...] die zentrale Position zwischen Europa und dem Vorderen Orient, zwischen Zentralasien und dem Mittelmeer einnimmt“ (Rühl 2006: 8). Die Beziehungen der Türkei zu ihrer außerstaatlichen Umwelt – ganz besonders die zur EU – befinden sich also in einem Prozess der Neuordnung mit ungewissem Ausgang.

4.1 Europa

Die türkischen Eliten und Entscheidungsträger haben ihr Land stets als einen Teil des europäischen Kontinents wahrgenommen. Diese historisch tradierte Sicht, die bis zum oströmisch-byzantinischen Reich zurückreicht, macht deutlich, dass die Türken seit mehr als 600 Jahren ein wichtiger Akteur der europäischen Staatenwelt sind. Der Einfluss Europas wurde umso intensiver, je mehr sich das Reich nach Europa orientierte. Dieser Eurozentrismus, der anfangs das Ziel hatte, die abnehmende Konkurrenzfähigkeit des türkischen Reiches aufzuhalten, implizierte langfristig eine weitreichende Systemtransformation des Osmanischen Reiches nach europäischem Muster und danach eine (von oben verordnete) europäisierende Evolution des türkischen Volkes (vgl. Çaman 2004: 255).

Die Akkumulation europäischer politischer Kultur manifestierte sich während der Gründung der republikanischen Türkei 1923 in der Idee der Nation nach französischem Vorbild als Teil Europas (vgl. Bellers/Kirchschlager 2010: 70). Die Interaktionen mit anderen europäischen Ländern setzten eine Transformation der islamisch

geprägten türkischen Gesellschaft in Gang, die in der türkischen Kultur die europäischen Werte wie Freiheit, Gleichheit, Parlamentarismus, Säkularismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit etablieren ließ (vgl. Çaman 2004: 255). Die Türkei konnte nach der Spaltung Europas im Kalten Krieg, in dem sie sich angesichts der sowjetischen Bedrohung sicherheitspolitisch ebenfalls in unmittelbarer Gefahr befand, eine entscheidende Rolle bei der Verteidigung als Teil des freien Europas übernehmen. Als NATO-Mitglied intensivierte die Türkei ihr Beziehungsgefüge mit dem restlichen freiheitlich-demokratischen Europa, nahm das Mehrparteiensystem an und wurde Mitglied im Europarat und Gründungsmitglied der OECD (vgl. Bellers/Kirchschlager 2010: 70f.).

Seit dem Beginn der europäischen Integration mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952 (EGKS) ist die europäische Integration bislang ein wirtschaftlicher, politischer und kultureller Magnet für die türkischen Führungseliten gewesen (vgl. Çaman 2004: 255). Die türkische Europaorientierung ist aus historischer Sicht ein langer und konstanter Prozess und die bedingungslose Orientierung an der EU veränderte im Rahmen des Assoziierungsprozesses nicht nur das politische System und die Gesellschaft der Türkei, sondern auch das Rechts- und Bildungssystem sowie mehrere Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens, die die demokratischen und bürgerrechtlichen Freiheiten der türkischen Staatsbürger betreffen. Dennoch hat es bis dato zu keinem politischen Erfolg in Form einer Mitgliedschaft geführt; im Gegenteil, eine solche scheint derzeit nicht absehbar. Gründe dafür sind auf Seiten der EU der noch immer ungelöste Zypernkonflikt, europaweite Erweiterungsmüdigkeit und mangelnde politische Vision. Aber auch der fehlende erkennbare politische Wille für Reformen in der Türkei sowie die generelle Türkei-perzeption als kein *originärer Teil Europas* sind in diesem Zusammenhang wenig hilfreich.

Während der EU-Konditionalitätsprozess⁵ die Türkei positiv veränderte, verstärkte dieser

⁵ Konditionalisierung bedeutet, dass der Beitritt zur EU an die Erfüllung von Bedingungen geknüpft wird, die erstmals

gleichzeitig auch den schwelenden Konflikt zwischen alter und neuer Elite. Es sind jedoch nicht nur der innenpolitische Machtkampf sowie allgemeine Vorurteile und Ängste der türkischen Gesellschaft vor einer Schwächung der Türkei durch die EU, die weitere, nötige Reformen und Vorhaben lähmen, sondern vor allem das *ewige* Nein aus Brüssel, das die Türken insgesamt vor den Kopf stößt. Christiane Schlötzer schreibt in der *Süddeutschen Zeitung*: „In der Türkei hat die EU-Begeisterung schon vor einer Weile merklich nachgelassen. Selbst bei glühenden Europa-Befürwortern herrscht mittlerweile das Gefühl vor, was auch immer ihr Land tue, es werde für die EU nie genug sein“ (Schlötzer 2010: 2); und die International Crisis Group sekundiert: „Senior Turkish bureaucrats openly say they are unsure that, once Turkey achieved the parity necessary for accession, they would sign membership agreement“ (International Crisis Group 2007: 38). Offene politische Fragen des EU-Konditionalisierungsprozesses sind aus türkischer Sicht sehr wohl lösbar. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit dies bei einer fortwährenden politischen Ablehnung der Türkei durch konservative Regierungen innerhalb der Union möglich ist. Auf der anderen Seite muss untersucht werden, um welchen Preis die von der EU monierten Problemfelder überhaupt gelöst werden können.

Im Zusammenhang mit dem politischen und regionalen Aufstieg der Türkei steht diese möglicherweise vor einer grundlegenden Richtungsentscheidung, die ihrerseits auch von den Entscheidungen der EU abhängt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt tut die Türkei zwar nichts, um die laufenden Beitrittsverhandlungen zu gefährden, doch hat sie ihre außenpolitische Agenda als Ausdruck ihrer neuen außen- und innenpolitischen Möglichkeiten entsprechend verbreitert (vgl. Kramer 2009: 32). Die Türkei hat hinsichtlich ihrer außen- und sicherheitspolitischen Entwicklung drei Optionen: 1) die weitere Anbindung an Europa (mit dem Ziel Vollmitgliedschaft in der EU), 2) eine weitere Öffnung ihrer Außenpolitik zugunsten neuer Betätigungsfelder (Politik als [islamische]

1993 als Kriterien von Kopenhagen formuliert wurden (Pesch 2010: 322)

Regionalmacht) und 3) eine Rückkehr zur politischen Isolation der Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges. Ihr derzeitiges Engagement im Nahen Osten, im kaspischen Raum und Afrika, ihr politisches und wirtschaftliches Wachstum, aber auch die weiterhin stagnierenden EU-Beitrittsverhandlungen lassen den Schluss zu, dass sich die Türkei bereits für die zweite Option entschieden hat. Gleichzeitig ist die Rückkehr zur isolierten Militärmacht der 90er Jahre auszuschließen. Die Europaorientierung sowie die explizite Westbindung sind zwar als Konstante noch vorhanden, verlieren aber vor dem Hintergrund der innenpolitischen Konflikte, des außenpolitischen Machtgewinns und der allgegenwärtigen Vorbehalte der EU an Kraft.

4.2 Naher Osten

Die türkische Nahostpolitik hat sich als Teil der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt graduell, aber stetig gewandelt und intensiviert. Das Ende des Ost-West-Konflikts war für die Türkei gleichermaßen sowohl Zwang als auch Chance, eine bedeutendere Rolle in der Region zu spielen. Das brachte zunächst ein Lavieren mit sich, das die politischen Entscheidungsträger zwischen Selbstbewusstsein und Angst über diese neue Rolle und Macht schwanken ließ (vgl. Kut 2001: 11), da man als Status-quo-Macht und als Flankenstaat zu Zeiten des Ost-West-Konflikts einen Wandel weder bewusst gewollt noch gesucht hat (vgl. Robins 2003: 12).

Der Nahe Osten stellt Anfang des 21. Jahrhunderts eine der sensibelsten Sicherheitsherausforderungen weltweit dar. Daran gemessen hat die Türkei ihre eigenen Interessen erstaunlich gut formulieren und umsetzen können und so zur Stabilität der Region insgesamt beigetragen (vgl. Mielke 2007: 87). Die mit dem Paradigmenwechsel einhergehenden Veränderungen in den internationalen Beziehungen im Allgemeinen und in der außerstaatlichen Umwelt der Türkei im Besonderen erklären die grundlegende Rekonzeptionalisierung türkischer Außenpolitik. Allerdings darf dies nicht als bloße Reaktion, als Anpassung an die regionalen und internationalen Umstände verstanden werden, sondern muss

auch als Ausdruck veränderter innenpolitischer Rahmenbedingungen interpretiert werden:

Das übergeordnete Staatsverständnis und die traditionellen Eliten erodieren zusehends und neue Akteure sind am politischen Prozess beteiligt. Die Türkei ist mittlerweile ein eigenständiger Akteur im Nahen Osten, der seine Interessen präzise formuliert (vgl. Larrabee/Lesser 2003: 157). Kramer vermerkt dazu: „Turkey is no longer perceived as a state at the periphery of the European system or as a front state of the Atlantic Alliance that is firmly rooted in the West. Turkey’s primary policy goal is neither defined as following a policy that has to be always fully compatible with the basic lines of Western policies“ (Kramer 2010c: 6). Die Türkei ist somit nach dem Ende des Kalten Krieges nicht nur ein bedeutenderer, sondern auch ein schwierigerer Verbündeter für den Westen geworden.

Die Interessen der Türkei im Nahen Osten liegen dabei deutlich auf sicherheits- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten. Der traditionell enge Sicherheitsbegriff verbreitert sich zugunsten eines erweiterten Sicherheitsverständnisses, das zu einer zunehmenden *Ökonomisierung* der Außen- und Sicherheitspolitik und damit zu einem pragmatischeren Auftreten führt. Komplementär dazu ist auch das *neue* türkische Selbst- und Sendungsbewusstsein der islamisch-konservativen AKP zu beachten, die vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Beziehungen zu den USA und zur EU Prestige als islamische und demokratische Schutzmacht im Nahen Osten sammelt und die Türkei so als regionale Führungsmacht, in Konkurrenz zum Iran, in Position zu bringen versucht. Dieser Anspruch muss bei der Analyse türkischer Außen- und Sicherheitspolitik berücksichtigt werden, erklärt er doch das gesteigerte regionale Engagement der Türkei. Regionale Führungsmächte gelten immer erst dann als solche, wenn sie auch von ihrem regionalen Umfeld akzeptiert und anerkannt werden (vgl. Nolte 2006: 21).

Insofern ist auch der neo-osmanische Aktivismus der AKP, der den Islam und die gemeinsame Geschichte als verbindendes Element des Nahen Ostens propagiert und der von der zuweilen aggressiven Rhetorik *Erdoğans* flankiert wird, eine pragmatische Fortführung der Außenpolitik *Özals*

und Ausdruck einer gesteigerten Diversifikation außenpolitischen und wirtschaftlichen Interesses der Türkei (vgl. Kramer 2010c: 6).

Eine direkte Abkehr vom Westen oder von der EU-Mitgliedschaft lässt sich daraus (noch) nicht direkt ableiten, dazu braucht die Türkei die EU zu sehr: „Despite the recent relative rise in Turkey’s Middle East trade, it is important to keep the relationship in proportion with its overall interests and history. [...] The EU has long been responsible for half the country’s overall trade, a solid, multi-faceted relationship without the huge dependence on energy of the Russian or Iranian relationships. Even more importantly, nine-tenths of Turkey’s foreign investment in 2008 came from the EU, the 200,000 Turkish workers and residents in the Middle East cannot be compared to more than four million in Europe“ (International Crisis Group 2010: 11). Darüber hinaus begünstigt aber auch eben diese enge wirtschaftliche und politische Verzahnung (und teilweise Abhängigkeit) von Türkei und Europa, wiederum die türkische Position im Nahen Osten. Eben weil die Türkei auch europäisch ist und somit auch als wirtschaftliches und zuweilen politisches Tor nach Europa gilt. Andererseits bleibt die Frage offen, was die Türkei bei anhaltender Ablehnung durch die EU machen wird.

4.3. Der kaspische Raum

Die türkische Kaspienpolitik hat sich ebenfalls, genau wie die türkische Nahostpolitik, im Rahmen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik graduell, aber stetig, gewandelt und intensiviert. Die Gründe dafür sind jedoch verschiedener Natur. Das Ende des Ost-West-Konflikts 1989 hat die Türkei sowohl befähigt als auch gefordert, sich in der kaspischen Region und vor allem im Kaukasus stärker zu engagieren. Aber die türkischen Bemühungen sind auch im Rahmen einer besonders unter *Özal* geförderten (pan)türkischen Euphorie Anfang der 1990er Jahre – und damit aus einer normativ-ideologischen Perspektive – zu interpretieren. Wie schon im Nahen Osten hatte man einen Wandel zwar weder bewusst gewollt noch gesucht (vgl. Robins 2003: 12), doch schien ein solcher aus der (pan)türkischen Sicht sehr willkommen.

Der Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen 1990 hat nicht nur die außerstaatliche Umwelt der Türkei gewandelt – es entstanden neue unabhängige Staaten und damit neue regionale Akteure –, sondern auch die Türkei selbst. Die Türkei war in ihrer (pan)türkischen Euphorie bemüht, die turkstämmigen, ehemals sowjetischen Republiken an sich zu binden und nach türkischem Vorbild und Muster in säkulare Demokratien zu transformieren und so ihren Einfluss zu erweitern. Dabei wurden die türkischen Eliten in ihrer Hybris von den USA bewusst unterstützt und so gegen den Iran, aber auch Russland in Stellung gebracht. Im Endeffekt aber waren die ehemaligen Sowjetländer wegen der langen Isolierung und der damit einhergehenden kulturellen Entfremdung sowie der räumlichen Entfernung dazu wenig geeignet, so dass eine pantürkische Vereinigung schließlich bloße Utopie blieb (vgl. Tchirakadze 2007: 11f.). Anders als im Nahen Osten dominierten zuerst nicht bloße sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen der Türkei, sondern primär normativ-ideologische Determinanten, die aber auch an sicherheits- und wirtschaftspolitische Ziele gekoppelt waren.

Die Türkei hat nach dem Paradigmenwechsel 1990 damit eine grundlegende Rekonzeptionalisierung ihrer Außenpolitik durchgeführt, die als Abstimmung auf die außer- und innerstaatlichen Veränderungen verstanden werden muss. Die in dieser Arbeit theoretisch formulierten Annahmen sowie die bereits festgestellten veränderten Konstanten und Bestimmungsfaktoren stützten diese These. Sowohl exogene als auch endogene Determinanten beeinflussten diesen Prozess, in dem der türkische Staat den Spielraum, der durch den Zusammenbruch der Sowjetunion entstanden war, nutzte, aber von gesellschaftlichen Einflüssen und Implikationen abhängig war, die sich jedoch nicht mit der exogenen Realität vertrugen. Entsprechend wandelte sich Mitte der 1990er Jahre die türkische Außen- und Sicherheitspolitik erneut.

Nach dem Scheitern der (pan)türkischen Bemühungen und der daraus folgenden Rivalität zwischen der Türkei und Russland und auch dem

Iran folgte eine Phase der Ernüchterung, die mehr oder weniger von Stagnation geprägt war.

Erst mit der Aufnahme der Türkei als EU-Beitrittskandidat und der auch in diesem Zusammenhang positiven Transformation der Türkei veränderte sich die türkische Kaspienpolitik erneut. Mit dem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der Türkei wandelten sich nicht nur die allgemeinen und globalen, sondern auch die entsprechenden regionalen Zielsetzungen. Den nach wie vor vorhandenen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen wurde durch neue Initiativen und regionale Konfliktlösungen begegnet. So spielt die Türkische Internationale Agentur für Zusammenarbeit (TIKA) dabei eine große Rolle, indem sie Entwicklungsarbeit nach europäischem Vorbild im Kaukasus und Zentralasien, insbesondere in den Turkrepubliken und hierin in Aserbaidschan, leistet. Dabei versuchte zwar auch die AKP-Regierung durch eine vorsichtige (pan)türkische Kulturpolitik politische Interessen durchzusetzen, kalkulierte aber die Interessen Russlands und des Irans ein und blieb im Auftreten moderat. Parallel dazu begann die Türkei sich schrittweise als geopolitisches Energie-Drehkreuz zu etablieren, indem Ankara als Transitland diverse Pipelineprojekte (BTC, BTE, Blue Stream, South Stream, Blue Stream 2, Nabucco-Projekt) realisierte, wobei der abschließende Erfolg noch nicht vollständig abzusehen ist (vgl. Tchirakadze 2007: 11f.). Dieser muss an der tatsächlichen Etablierung der Türkei als Energie-Drehkreuzes oder wenigstens als Energiekorridors gemessen werden, womit die Türkei 1) ihren eigenen enormen Energiebedarf decken und 2) ihre Verhandlungsposition gegenüber der EU stärken möchte (vgl. Kramer 2010a: 7). Im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen, vor allem der Energiepolitik, eröffnete die kaspische Region für die Türkei dennoch neue Möglichkeiten. Für die dynamische und exportorientierte türkische Wirtschaft sind die neuen Märkte ein vielversprechendes Betätigungsfeld und auch die Anstrengungen der Türkei, sich als Energie-Drehkreuz zu etablieren, bieten neue Perspektiven der Kooperation mit den Nachbarländern der Türkei, vor allem aber mit der EU.

In diesem Zusammenhang ist eine Steigerung der strategischen Relevanz der Türkei für die EU im Speziellen, aber auch in Bezug auf die mögliche Rolle als Regionalmacht im Allgemeinen festzustellen.

Die kaspische Region als Betätigungsfeld türkischer Außen- und Sicherheitspolitik ist kontrovers zu bewerten. Einerseits gibt es durch die kulturelle und ethnische Verwandtschaft natürlich stärkere ideologische Banden in diese Region. Andererseits werden diese Banden durch die realpolitischen Tatsachen wieder relativiert. Die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Implikationen verlangen von der Türkei Aufmerksamkeit und Verantwortung, denen sie mit ihrem Ansatz der *Strategischen Tiefe* auch gerecht zu werden versucht. Darüber hinaus bieten jedoch der Nahe Osten und nach wie vor Europa wirtschaftspolitisch die größeren Vorteile. Langfristig kann es jedoch auch hier zu einer Verschiebung kommen. Energiepolitisch ist die kaspische Region für die Türkei von immenser Bedeutung, vor allem hinsichtlich des eigenen Energiebedarfs, aber auch in ihrer antizipierten Rolle als Energie-Drehkreuz.

5. Quo vadis Türkei? Außen- und sicherheitspolitische Dimensionen zwischen Neo-Osmanismus und EU-Integration

Das Spannungsfeld von Vergangenheit und Gegenwart bildet die Parameter nicht nur der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik im Speziellen, sondern der türkischen Politik insgesamt (vgl. Onar 2009: 2). Die türkische Geschichte und hierin vor allem das Erbe des Osmanischen Reiches ist nicht nur ein außenpolitisch aktueller und expliziter Assoziierungspunkt in *Davutoğlu* Konzept der *Strategischen Tiefe*, sondern (wieder) integraler Bestandteil der türkischen Identität überhaupt. Diese Entwicklung wird im In- und Ausland kontrovers diskutiert, wobei es im Kern um die Frage geht, ob die Türkei vor einer substanziellen außenpolitischen Neuorientierung, auch im Zusammenhang mit einer innenpolitischen Islamisierung, und damit einer Abkehr vom Westen und der lange Zeit als Hauptprämisse geltenden EU-Mitgliedschaft steht oder aber von Kontinuität bestimmt wird (vgl. Gürbey 2010: 17).

„Turkish foreign policy today is undoubtedly far more proactive and multi-dimensional than at any time in the history of the republic“ (Kramer 2010c: 3). Diese Feststellung beschreibt treffend den derzeitigen außenpolitischen Kurs Ankaras. Außenpolitischer Einfluss wird dabei durch die Konsolidierung der traditionellen osmanischen Einflussphäre gesichert: begrenzt in Europa, vor allem aber im Nahen Osten und in der kaspischen Region, zunehmend auch in Afrika. Die Auffassung, dass die Türkei exklusiver Bestandteil der westlichen Welt sei, gilt zumindest in der neo-osmanischen Lesart nicht mehr, auch aufgrund der mittlerweile unterschiedlichen Interessen der Türkei, der EU, der USA und Israels (vgl. Akcakoca 2009: 1). Und dieses Selbstverständnis führt bei den traditionellen Verbündeten, aber auch der (vor allem angloamerikanischen) Forschung zu der Annahme und Befürchtung, dass sich die Türkei mit einer islamischen Agenda vom Westen verabschiede. Doch stimmt das?

Bei der Analyse der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik ist zunächst auffällig, dass sich die Türkei im Rahmen ihrer außenpolitischen Neujustierung mit allen Nachbarn auseinandergesetzt hat, und nicht nur einseitig mit jenen, die Ankara mehr Einfluss und Gewinn versprechen. Die Türkei hat sowohl seine problematischen Beziehungen zu Griechenland und Armeniern verbessert als auch konstruktiv an der Zypernfrage im Rahmen des Annan-Plans mitgewirkt (vgl. Alessandri 2010: 8f.). Weiterhin erweist sich die Türkei, auch aus Eigeninteresse, als Stabilisator in für die EU strategischen Regionen wie dem Schwarzen Meer und dem kaspischen Raum. Grundsätzlich hebt sich die aktuelle außenpolitische Doktrin der Türkei damit nicht nur von der passiven, eindimensionalen und sicherheitsfixierten Doktrin des Kalten Krieges ab, sondern auch von anderen regionalen Akteuren, wie dem Iran oder Ägypten (vgl. Martin/Keridis 2004: 335ff.). In der Konsequenz jedoch gestaltete sich dieser außenpolitische Ansatz zugunsten besserer regionaler Beziehungen, etwa zum Iran, Syrien, dem Irak oder gar zum Sudan, aber auch zu Lasten alter Verbündeter, wie Israels, der USA oder eben der EU. Das bedeutet insgesamt eine Diversifizierung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik, bei gleichzeitiger

Nivellierung der bislang exklusiven Beziehungen zum Westen.

Diese Entwicklung muss im Rahmen der konstanten Transformation der Internationalen Beziehungen kontextualisiert werden. Der Politologe Emiliano Alessandri erklärt: „As it is the consequence of broad systemic changes and complex internal dynamics, the new Turkish foreign policy opens a whole set of new issues that should be addressed in an unbiased but nonetheless careful manner“ (Alessandri 2010: 10). Vor diesem Hintergrund ist auch die türkische Außen- und Sicherheitspolitik zu verstehen.

Außenpolitisch avanciert die Türkei langsam, aber stetig zur regionalen Führungsmacht mit überregionalen Ambitionen. Auch wenn sich das Konzept der *Strategischen Tiefe* hauptsächlich auf die ehemalige osmanische Einflussphäre konzentriert, zielt Ankara auch auf die Verbesserung der türkischen Stellung auf dem internationalen Parkett ab (vgl. Kramer 2010c: 27). Das Land ist das einzige muslimische NATO-Mitglied und gleichzeitig EU-Beitrittskandidat. Zudem hat Ankara als 17. Größte Volkswirtschaft einen Sitz in der G20, in der OIC und von 2009 bis 2010 auch im UN-Sicherheitsrat. Während die Türkei trotz ihrer Lage in einer der konfliktreichsten Regionen der Welt für gute und stabile Verhältnisse zu fast allen Nachbarländern zu sorgen versucht, beginnt Ankara nun, sich verstärkt auf dem afrikanischen Kontinent zu engagieren, während es gleichzeitig seine Beziehungen zu China, Indien und Pakistan auf eine neue Grundlage stellt (vgl. Senkyr 2010: 84). Insofern war auch das von Brasilien und der Türkei mit dem Iran ausgehandelte Abkommen (welches schließlich nicht zustande kam) über die Lagerung von schwach angereichertem Uran in der Türkei Ausdruck des neuen Selbstverständnisses. Der US-Publizist *Fareed Zakaria* nennt das *the rise of the rest* – den Aufstieg der anderen, von China, Indien, Brasilien und nun auch der Türkei (vgl. Thumann 2010b: 1). Damit zeigt sich, dass sich die Türkei als wichtiger regionaler und nun auch überregionaler Akteur etablieren konnte. Dabei ist sie jedoch nach dem Kalten Krieg noch immer auf der Suche nach einem neuen Platz in der veränderten Welt, mit

Implikationen auf die türkische Europaorientierung (vgl. Alessandri 2010: 18).

Hinsichtlich dieser sind im Wesentlichen zwei Szenarien denkbar: 1) Die Türkei steigt zur regionalen Führungsmacht auf und festigt ihre Verhandlungsposition. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, lautet, ob dies überhaupt mit einer Integration in die EU vereinbar ist bzw. vereinbar sein soll. Versucht die Türkei am Ende die freiwillige Abkehr von einem EU-Beitritt teuer zu verkaufen? 2) Oder aber versucht die Türkei ihren strategischen Wert durch einen Aufstieg zur Regionalmacht insgesamt zu erhöhen, so dass die EU am Ende aus geopolitischen Gründen um eine Aufnahme der Türkei bitten muss?

Die türkischen Bestrebungen, regionale Führungsmacht zu werden, bedeuten keinen Rückfall in neo-osmanische expansive und hegemoniale Zeiten. Im Gegenteil, die Türkei bedient sich zwar klar nationalistischer, (pan)türkischer und islamischer Elemente, um außenpolitische Ziele zu erreichen, doch dient die Betonung dieser osmanisch-islamischen Identität als Mittel, die überbetonende kemalistisch-ideologische Grundhaltung mit Westbindung auszutarieren. Beide Elemente – osmanische Vergangenheit und muslimische Identität – werden so zur Ausweitung der Geopolitik und zur Reflexion der geographischen Reichweite des außenpolitischen Handelns herangezogen (vgl. Gürbey 2010: 26).

In Kapitel 3 wurde bereits der erste Teil der dieser Arbeit zugrundeliegenden Hypothese, die postulierte Neujustierung türkischer Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen einer veränderten geopolitischen Eigeneinordnung, verifiziert. Daraus lässt sich jedoch die zweite Teilhypothese, nämlich die Abkehr von der bisher als Hauptprämisse geltenden EU-Mitgliedschaft im Sinne des ersten Szenarios, alleine *noch* nicht ableiten. Doch gibt es zumindest deutliche Belege bzw. Hinweise, die als fundamentaler Bruch mit der tradierten Außen- und Sicherheitspolitik kemalistischer Prägung gelten und insofern in absehbarer Zeit auch die türkische Europaorientierung betreffen könnten: Dies äußert sich erstens in *Davutoğlu*s Konzept der *Strategischen Tiefe*, in der die Türkei bewusst

nicht mehr bloßer Peripheriestaat Europas ist, sondern Mittelpunkt einer *eigenen Region*, für die Ankara Verantwortung zu übernehmen habe. Diese Perzeption relativiert die einseitige und „als wesentlicher Grundpfeiler republikanischer Identitätsbildung erachtete Dominanz der Desorientierung“ (Kramer 2010b: 2) und der daraus folgenden Innen- und Gesellschaftspolitik. Zweitens betrachtet sich die Türkei nicht mehr als *Demandeur* und einseitiger Empfänger der EU, sondern verhandelt auf Augenhöhe. Ankara weiß um seinen strategischen Wert – zumal der eindeutige Bezug zum Osmanischen Reich und zu der daraus folgenden außenpolitischen Stärke auch das Selbstbewusstsein der türkischen Elite gesteigert hat (vgl. ebd. 2010b: 4). Drittens spiegelt sich diese Entwicklung auch im neuen Selbstverständnis türkischer Eliten und Intellektueller, aber auch der türkischen Gesellschaft insgesamt wider: So wird der EU-Konditionalisierungsprozess mittlerweile als nationale Chance wahrgenommen, sich – mit Hilfe der in Anlehnung zu den Kopenhagener Kriterien bezeichneten Ankara-Kriterien – insgesamt weiter zu demokratisieren und zu modernisieren. Auch dies gilt mittlerweile als Voraussetzung zum Aufstieg zur regionalen Führungsmacht. Die Ankara-Kriterien sind somit ein innenpolitisches Instrument die Türkei durch verschiedene Reformen, unabhängig von EU, weiter zu entwickeln (vgl. Kramer 2010c: 9f.).

Insgesamt hat in der türkischen EU-Politik (bis dato) also kein substanzieller Wandel im Sinne eines Ausstiegs aus den Beitrittsverhandlungen oder einer Abkehr vom Westen insgesamt stattgefunden. Vielmehr kam es zu einer Akzentverschiebung und Erweiterung der außenpolitischen Prioritäten. Es ist festzuhalten, dass sich die Türkei als regionale Führungsmacht zu etablieren sucht und der EU-Beitrittsprozess, der lange Zeit als Hauptkonstante türkischer auswärtiger Politik galt, an Priorität verloren hat. Die EU-Mitgliedschaft ist dementsprechend nur noch *ein* und nicht mehr *das* außenpolitische Ziel (vgl. Kramer 2010b: 4), zumal im Rahmen der steten EU-Ablehnung Sympathien für einen Beitritt in der türkischen Gesellschaft zusehends erodieren und damit auch der politische Rückhalt der AKP in dieser Frage. Die AKP-Regierung kann

sich infolgedessen eine Zukunft außerhalb der EU vorstellen und betont dies immer öfters. Für dieses Szenario gibt es eine Skala, die vom *Modell Norwegen* bis zu einer Hinwendung zu Ländern wie Russland, Iran und China, die keinerlei Druck auf die interne Demokratisierung und Modernisierung ausüben, reicht (vgl. Rürup 2009: 18).

Gleichzeitig könnte die derzeitige Außen- und Sicherheitspolitik als klassische Aufsteigerpolitik im Sinne des zweiten Szenarios interpretiert werden (vgl. Joffe 2010: 2), wonach die Türkei ihren strategischen Wert und damit ihren Preis für eine Mitgliedschaft in der EU steigern möchte. Diese Vermutung erscheint zwar plausibel, berücksichtigt man jedoch zum einen das neue Selbstverständnis und -bewusstsein und zum anderen die außenpolitischen Möglichkeiten und Chancen, die sich Ankara im regionalen Umfeld bieten, fällt es schwer, sich eine Integration in die supranationale EU, mit den damit verbundenen Kompetenzverlusten, vorzustellen.

Die ursprüngliche Sicht auf die türkische Identität und Bedeutung sowie die Folgerungen daraus, wonach die EU-Mitgliedschaft als *Conditio sine qua non* für den Erfolg türkischer Außenpolitik betrachtet wird, gilt nicht mehr. Das unterstreicht die Tatsache, dass die Türkei nach dem Ende des Kalten Krieges nicht nur ein bedeutenderer, sondern auch ein schwierigerer Verbündeter für den Westen geworden ist (vgl. Mielke 2007: 85). Im Kontext der sich verändernden internationalen Beziehungen und der zunehmenden Regionalisierung der Weltpolitik befindet sich die Türkei in einem Spannungsfeld zwischen West und Ost, zwischen innenpolitischer Polarisierung und wirtschaftlicher Expansion mit ungewissem Ausgang.

Mit dem Stagnieren der Beitrittsverhandlungen und der strategischen Neujustierung der Türkei im regionalen und globalen Machtgefüge wird eine EU-Mitgliedschaft zwar nicht unmöglich, jedoch immer unwahrscheinlicher. Kramer konstatierte bereits 2007: „Zwar kann der Beitrittsprozess sich noch Jahre hinschleppen, wenn jede Seite den politischen Showdown vermeidet, doch wird am Ende wahrscheinlich kein Erfolg stehen“ (Kramer 2007: 15). Diese Entwicklung sollte die EU genau zur Kenntnis

nehmen, denn das neue türkische (neo-osmanische) Selbstbewusstsein, „das so schnell nicht wieder schwinden [wird]“ (Kramer 2010b: 3), ist nicht zu unterschätzen. Eine Abkehr vom Westen und im Rahmen einer islamischen Agenda hin zum Nahen Osten oder zur kaspischen Region, ist zwar relativ unwahrscheinlich, das bedeutet jedoch nicht, dass die türkische EU-Orientierung selbstverständlich bleibt.

6. Schlussfolgerungen und Ausblick

Die vorliegende Arbeit hatte das Ziel: 1) den derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Kurs der Türkei im Rahmen der bisherigen Konstanten und Bestimmungsfaktoren zu analysieren und 2) mögliche Entwicklungstendenzen, insbesondere bezüglich der lange Zeit als Hauptprämisse geltenden EU-Mitgliedschaft, zu filtern. Ausgangspunkt für das dieser Arbeit zugrundeliegende Erkenntnisinteresse war die in der aktuellen Forschung immer wieder postulierte Annahme, dass sich die Türkei mit ihrem derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Kurs einer neuen regional bezogenen Identitätsbildung auf dem Weg zu einer regionalen Führungsmacht befinde (vgl. Öztürk 2009; Kramer 2010b; Gürbey 2010).

Die Türkei verfügt aufgrund ihrer geostrategischen Lage sowie ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Charakteristika ohne Frage über das nötige Potenzial zu einer regionalen Führungsmacht zu werden (vgl. Gürbey 2010). Dies wird nicht nur durch den Anspruch der türkischen Regierung reflektiert, sondern auch durch die positive Perzeption der Türkei in ihrem regionalpolitischen Umfeld. Denn gleichzeitig fördert das neue regionale Auftreten der Türkei – die Kritik an den USA und Israel eingeschlossen – die Türkei-perzeption in der arabischen Welt, so dass ab 2002 die historisch motivierten Vorbehalte gegen den *früheren Kolonialherrn* und die *US-Marionette* kontinuierlich abnahmen und sich in einer Umfrage 2009 schließlich 77 Prozent der Befragten eine größere Rolle der Türkei in der arabischen Welt wünschten (vgl. Akgün/Percinoglu/Gündogar 2009: 18). Wirtschaftspolitisch ist die Türkei bereits heute der dominierende regionale Akteur und erweist sich durch ihre konstruktive Außen- und

Sicherheitspolitik als ordnungspolitischer Stabilisator.

Vor diesem Hintergrund wurde postuliert, dass aufgrund einer insbesondere nach 1990 anhaltenden Transformation der internationalen sowie regionalen Ordnung einerseits und einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung andererseits eine Veränderung der geopolitischen Eigeneinordnung und damit eine Neujustierung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik stattgefunden habe (Teilhypothese I), welche zu einer Abkehr der bisher als Hauptprämisse geltenden angestrebten EU-Mitgliedschaft führen werde (Teilhypothese II).

Diese Hypothese kann in ihrer Gesamtheit nur bedingt verifiziert werden. Durch einen (zwar selektiven) Rekonstruktionsversuch exogener und endogener Konstanten und Bestimmungsfaktoren türkischer Außen- und Sicherheitspolitik konnte die im ersten Teil der Hypothese formulierte außen- und sicherheitspolitische Neujustierung bestätigt werden. Ausgangsthese dieser Neujustierung war die postulierte Annahme, dass sich die türkische Außen- und Sicherheitspolitik vor allem als Ausdruck einer politischen Neuordnung des Landes als Antwort auf 1) den anhaltenden Strukturwandel im internationalen und damit auch regionalen System mit dem Ende des Ost-West-Antagonismus und 2) auf die veränderten gesellschaftlichen und innenpolitischen Kräfteverhältnisse wandelte.

Die türkische Außenpolitik wurde seit der Staatsgründung 1923 bis heute in Bezug auf die Frage nach den exogenen Determinanten der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik vor allem von: 1) der geographischen Lage der Türkei im Zentrum eines Interessen- und Krisendreiecks – Balkan, Naher Osten und kaspische Region – und ihrer daraus resultierenden geopolitischen Bedeutung determiniert. 2) Komplementär dazu wurde die Türkei durch ihr historisches Erbe als Folgestaat des Osmanischen Reiches von außen beeinflusst, denn einerseits werden bis heute die nachbarschaftlichen Beziehungen der Türkei sowohl im positiven als auch im negativen Sinne von der Vergangenheit überschattet, andererseits aufgrund der historischen Realitäten die kemalistisch-innenpolitische Konstituierung der Türkei fundamental geprägt. 3) Als dritte exogene

Determinante sind die internationalen Beziehungen als struktureller Rahmen der türkischen auswärtigen Politik hervorzuheben. Der Umstand des Kalten Krieges prägte und integrierte die Türkei fest in den westlichen Block, was OECD- und NATO-Mitgliedschaft, die besonderen bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei, den USA und Israel sowie die Orientierung der Türkei nach (West-)Europa (mit dem Leitziel: Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union) zu wesentlichen Konstanten türkischer Außen- und Sicherheitspolitik macht.

Diese Konstanten sind jedoch im Begriff sich aufzulösen, denn mit dem Ende des Ost-West-Antagonismus 1990/1991 veränderten sich nicht nur die außenpolitischen Zwänge und Möglichkeiten der Türkei, sondern auch die innenpolitischen Verhältnisse.

Auf die Frage nach endogenen Determinanten türkischer Außen- und Sicherheitspolitik sind 1) die Dominanz des ideologischen Einflusses des Staatsgründers *Mustafa Kemals* und seine in Form des Kemalismus übertragene Perzeption der exogenen Voraussetzungen der Türkei auf die Staats- und Gesellschaftsform der Türkei hervorzuheben. Das politische System der Türkei und die vorherrschenden nationalistischen und ideologischen Triebkräfte, die bedeutende Rolle des türkischen Militärs und der Gründungseliten können dabei als wesentliche endogene Determinanten im Rahmen von Konstanten und Bestimmungsfaktoren türkischer Außen- und Sicherheitspolitik subsumiert werden. 2) Als zweiter wesentlicher endogener Faktor ist die türkische Wirtschaft zu nennen, die durch eine forcierte Öffnung Ende der 80er Jahre nicht nur die Türkei veränderte und für die Stratifikation der Eliten und damit den Machtkampf zwischen kemalistischer und islamisch-konservativ geprägter Elite sorgte, sondern auch als Motor der derzeitigen Außen- und Sicherheitspolitik bezeichnet werden muss. 3) Als dritter endogener Faktor ist der innenpolitische Machtkampf hervorzuheben, der sich vorgeblich auf die Gretchenfrage reduziert, wie man es mit der Religion halte, tatsächlich aber ein Streit zwischen *alter* und *neuer* Türkei ist und der damit zusammenhängenden geopolitischen Eigeneinordnung. Dieser Kulturkampf beeinflusst(e) seit

dem Ende der 80er Jahre die türkische Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Lösung des Konflikts und der damit verbundenen Themen wie der Kurdenfrage, religiöser und wirtschaftlicher, aber auch außen- und sicherheitspolitischer Orientierung wird auch in Zukunft großen Einfluss auf die außenpolitische Orientierung der Türkei haben.

Auf die Frage, welche Handlungsebene – systemische oder subsystemische – das auswärtige Verhalten eines Staates primär beeinflusst, lautete die Grundthese, dass sowohl externe als auch interne Anforderungen staatliches Handeln bestimmen, da sich staatliche Akteure immer auf zwei Ebenen – zwischen internationalen und innenpolitischen Kontexten – bewegen (Putnam 1988). Die Analyse der exogenen und endogenen Konstanten und Bestimmungsfaktoren machte deutlich, dass eine einseitige Perspektive auf die staatliche außen- und sicherheitspolitische Orientierung eines Landes unzureichend und wenig erfolgversprechend ist. Staaten befinden sich stets im Spannungsfeld von sowohl exogenen als auch endogenen Determinanten, sicherlich mit unterschiedlicher und wechselseitiger Kraft.

Durch diesen kontextuellen Rahmen konnte die derzeitige außen- und sicherheitspolitische Orientierung der Türkei eingehender analysiert werden: Dabei wurde vor allem deutlich, dass die türkische Außen- und Sicherheitspolitik seit Gründung der Republik im Jahr 1923 in erster Linie durch geographische, geopolitische und historische Parameter determiniert worden war, die zu einer Westpolitik mit dem bestimmenden Wunsch nach Integration in die europäische Staatengemeinschaft führten. Dieses Paradigma war zudem an eine starke Fixierung auf die nationale Sicherheit gekoppelt; die Außen- und Sicherheitspolitik war somit im Wesentlichen unilateral, reaktiv und eindimensional (vgl. Öztürk 2009: 3). Dieser dominierende Sicherheitsansatz, also die Konzentration auf nationale Sicherheit und eine konfrontative Linie und damit auf Isolation und Perpetuierung der öffentlichen Meinung über Bedrohung von inneren Kräften und äußeren Mächten, ist unter der AKP-Regierung und vor allem unter dem Vordenker *Davutoğlu* zugunsten eines liberalen Ansatzes

und damit Kooperation, Dialog, Multilateralismus und der Suche nach Win-Win-Situationen gewichen (vgl. Gürbeys 2010: 20).

Die Veränderung der geopolitischen Eigenordnung auf der Grundlage einer *Strategischen Tiefe* gilt als Ausgangspunkt der derzeitigen türkischen auswärtigen Politik. In dieser Form wird die Türkei als Schlüsselstaat zwischen Europa, dem Nahen Osten und der kaspischen Region perzipiert; ihr Status als Peripheriestaat Europas wird aufgegeben (vgl. Öztürk 2006: 26). Dieser mehrdimensionale Ansatz soll der geographischen Lage, den sich daraus ergebenden multiplen Identitäten – und natürlich dem historischen Bezug zum Osmanischen Reich – Rechnung tragen - Ziel ist es dabei, zur regionalen Führungsmacht aufzusteigen. Diese Bestrebungen bedeuten jedoch keinen Rückfall in neo-osmanische expansive und hegemoniale Zeiten. Im Gegenteil, die Betonung der osmanisch-islamischen Identität dient als Mittel, die überbetonende kemalistisch-ideologische Grundhaltung mit Westbindung auszutarieren. Beide Elemente – osmanische Vergangenheit und muslimische Identität – werden zur Ausweitung der Geopolitik und zur Reflexion der geographischen Reichweite des außenpolitischen Handelns herangezogen (vgl. Gürbey 2010: 26).

Die Frage, die sich in der Konsequenz stellte, basierte auf der Frage nach der im zweiten Teil der Hypothese postulierten Abkehr der bisher angestrebten EU-Integration. Dies kann jedoch nur bedingt verifiziert werden. Denn insgesamt hat in der türkischen EU-Politik, vor allem im Vergleich zur türkischen Nahost- und Kaspienpolitik (bis dato) kein substanzieller Wandel im Sinne eines Ausstiegs aus den Beitrittsverhandlungen oder einer Abkehr vom Westen insgesamt stattgefunden. Es kam im Rahmen einer generellen Erweiterung der außenpolitischen Agenda zwar zu einer Akzentverschiebung, wobei der EU-Beitrittsprozess als innenpolitische Ankerfunktion und als lange Zeit geltende Hauptkonstante türkischer auswärtiger Politik an Priorität verloren hat. Die EU-Mitgliedschaft ist dementsprechend nur noch *ein* und nicht mehr *das* außenpolitische Ziel der Türkei (vgl. Kramer 2010b: 4).

Angesichts der derzeitigen Orientierung der Türkei und dem fehlenden türkischen Willen zu weiteren Reformen sowie der in diesem Zusammenhang stagnierenden Beitrittsverhandlungen, natürlich auch durch die weitere Vertröstung der Türkei durch die EU, ist ein Abbruch der Beitrittsverhandlungen in absehbarer Zeit durchaus realistisch. Damit ist jedoch noch nichts über die Konsequenz eines solchen Abbruchs für beide Seiten gesagt. Es ist klar, dass die negativen Implikationen für beide Seiten überwiegen würden. Insofern sollte sich die EU über ihre eigenen geopolitischen, wirtschaftspolitischen und kulturellen Interessen und Ziele klarer werden und auf die Türkei zugehen. Diese wiederum sollte an einer weiteren innenpolitischen Demokratiesierung festhalten und ebenfalls konstruktiver am Fortschritt der Beitrittsverhandlungen arbeiten. Derzeit sieht es zwar nicht danach aus, doch, um es mit André Malraux zu sagen: Was am wenigsten erwartet wird, ist normalerweise das, was passiert.

Literaturverzeichnis

- Ahmad, Feroz* (2004): The Historical Background of Turkey's Foreign Policy, in: Martin, Lenore / Keridis, Dimitris (Hrsg.): The Future of Turkish Foreign Policy, Cambridge, S. 9-36.
- Akcakoca, Amanda* (2009): Turkish foreign policy – between East and West? EPC Policy Brief, Brüssel.
- Akgün, Mensur / Percinoglu, Gökce / Gündogar, Sabiha Senyücel* (2009): The Perception of Turkey in the Middle East, Istanbul.
- Alessandri, Emiliano* (2010): The New Turkish Foreign Policy and the Future of Turkey-EU Relations, Rom.
- Bellers, Jürgen / Kirchschrager, Markus A.* (2010): Außenpolitik: Zwischen Geopolitik und Geoökonomie, in: Gieler, Wolfgang / Henrich, Christian-Johannes (Hrsg.): Politik und Gesellschaft in der Türkei. Im Spannungsverhältnis zwischen Vergangenheit und Gegenwart, Wiesbaden, S. 69-90.

- Çaman, Efe* (2004): Türkische Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Außenpolitische Kontinuität und Neuorientierungen zwischen der EU-Integration und neuer Regionalpolitik, Dissertation, Augsburg.
- Godehardt, Nadine / Lembcke, Oliver W.* (2010): Regionale Ordnung in politischen Räumen. Ein Beitrag zur Theorie regionaler Ordnungen, GIGA Working Papers Nr. 124, Hamburg.
- Guérot, Ulrike / Witt, Andrea* (2004): Europas neue Geostrategie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 17, Bonn, S. 6-12.
- Gül, Abdullah* (2004): Turkey's role in a changing Middle East environment, in: *Mediterranean Quarterly*, Bd. 15, Nr. 1, Washington DC, S. 1-7.
- Gürbey, Gülistan* (2010): Türkische Außenpolitik unter der AKP-Regierung, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 50. Jahrgang, Heft 2, München, S. 16-27.
- Hibbeler, Stefan* (2006): Regionalmacht Türkei? Bestandsaufnahme der außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu den Staaten des Mittleren/Nahen Osten und des Maghreb zu Beginn des Jahres 2006, Analyse, Friedrich-Ebert-Stiftung Istanbul.
- Hoffmann, Judith* (2003): Aufstieg und Wandel des politischen Islam in der Türkei, Berlin.
- Holsti, Kalevi Jaakko* (1995): *International Politics. A Framework for Analysis*, Englewood Cliffs.
- International Crisis Group* (2010): Turkey and the Middle East. Ambitions and Constraints, Europe Report, Nr. 203, Brüssel.
- International Crisis Group* (2007): Turkey and Europe. The way ahead, Europe Report, Nr. 184, Brüssel.
- Kanat, Kilic Bugra* (2010): AK Party's Foreign Policy: Is Turkey turning away from the West?, in: *Insight Turkey*, Bd. 12, Nr. 3, Ankara, S. 205-225.
- Keyman, Fuat* (2009): Turkish Foreign Policy in the Era of Global Turmoil, SETA Policy Brief, Ankara.
- Kleveman, Lutz* (2003): *The New Great Game: Blood and Oil in Central Asia*, New York.
- Kramer, Heinz* (2010a): Die Türkei als Energiedrehscheibe. Wunschtraum und Wirklichkeit, SWP-Studie, Berlin.
- Kramer, Heinz* (2010b): Die neue Außenpolitik-Konzeption der Türkei. Mögliche Konsequenzen für den EU-Beitrittsprozess, SWP-Studie, Berlin.
- Kramer, Heinz* (2010c): AKP's new foreign policy, SWP-Studie, Berlin.
- Kramer, Heinz* (2009): Türkische Turbulenzen: Der andauernde Kulturkampf um die „richtige“ Republik, SWP-Studie, Berlin.
- Kramer, Heinz* (2007): Die Türkei im EU-Beitrittsprozess: Mehr Krisen als Fortschritte, SWP-Studie, Berlin.
- Kramer, Heinz* (2004): Demokratieverständnis und Demokratisierungsprozesse in der Türkei, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 44. Jahrgang, Heft 1, München, S. 30-43.
- Kut, Sule* (2001): The Counters of Turkish Foreign Policy in the 1990s, in: Rubin, Barry / Kirişçi, Kemal (Hrsg.): *Turkey in World Politics. An Emerging Multiregional Power*, Boulder, S. 5-12.
- Larrabee, Stephen / Lesser, Ian* (2003): *Turkish Foreign Policy in an Age of Uncertainty*, Santa Monica.
- Martin, Lenore / Keridis, Dimitris* (2004): Conclusion, in: Martin, Lenore / Keridis, Dimitris (Hrsg.): *The Future of Turkish Foreign Policy*, Cambridge, S. 335-340.
- Mielke, Christoph* (2007): Wandel der türkischen Nahostpolitik – Außenpolitik zwischen regionalem Führungsanspruch und Interessenskonflikten, Berlin.
- Milner, Helen V.* (1997): *Interests, Institutions, and Information. Domestic Politics and International Relations*, Princeton.
- Moravcsik, Andrew* (1994): *Why the European Community Strengthens the State: Domestic Politics and International Cooperation*. Center for European Studies, Working Paper, Nr. 52, Cambridge.
- Nolte, Detlef* (2006): Macht und Machthierarchien in den internationalen Beziehungen: ein Analysekonzept für die Forschung über regionale Führungsmächte, GIGA Working Papers Nr. 29, Hamburg.
- Onar Fisher, Nora* (2009): *Neo Ottomanism, Historical Legacies and Turkish Foreign Policy*, Istanbul.

Öztürk, Asiye (2009): Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei, DIE Discussion Paper, Bonn

Öztürk, Asiye (2006): Die geostrategische Rolle der Türkei in Vorderasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 04, Bonn, S. 25-31.

Pesch, Andreas (2010): Religionsfreiheit als EU-Beitrittskriterium. Welche Rolle spielt die EU für die Entwicklung religiöser Freiheiten in der Türkei?, in: Liedhegener, Antonius / Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Religion, Menschenrechte und Menschenrechtspolitik, Wiesbaden, S. 322-363.

Perthes, Volker (2004): Greater Middle East, Geopolitische Grundlinien im Nahen und Mittleren Osten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49, Heft 6, S. 683-694.

Putnam, Robert (1988): Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization, Bd. 42, Nr. 3 (Summer, 1988), S. 427-460.

Robins, Philip (2003): Suits and Uniforms. Turkish Foreign Policy since the Cold War, London.

Rühl, Lothar (2006): Zur Problematik eines EU-Beitritts der Türkei, in: Reiter, Erich (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union, Wien, S. 3-22.

Rürup, Bettina Luise (2009): Länderanalyse Türkei: Der lange Weg in die Europäische Union, Internationale Politikanalyse der FES, Berlin.

Schieder, Siegfried (2006): Neuer Liberalismus, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. Aufl., Opladen, S. 175-212.

Schlamp, Hans-Jürgen / Steinvorth, Daniel / Zand, Bernhard (2009): Osmanisches Comeback, in: Der Spiegel, Nr. 23, Hamburg, S. 90-91.

Scholvin, Sören (2009): Ein neues Great Game um Zentralasien?, GIGA Focus, Nr. 2, Hamburg.

Scholvin, Sören / Mattes, Hanspeter (2007): Geopolitik und sicherheitspolitisches Potenzial neuer regionaler Führungsmächte, GIGA Focus, Nr. 8, Hamburg.

Senkyr, Jan (2010): Die Türkei auf dem Weg zur regionalen Mittelmacht, Auslandsinformationen, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ankara.

Seufert, Günter / Kubaseck, Christopher (2006): Die Türkei. Politik, Geschichte, Kultur, 2. Aufl., Bonn.

Soysal, Mümtaz (2004): The Future of Turkish Foreign Policy, in: Martin, Lenore / Keridis, Dimitris (Hrsg.): The Future of Turkish Foreign Policy, Cambridge, S. 37-46.

Söyler, Mehtap (2009): Der demokratische Reformprozess in der Türkei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 39-40, Bonn, S. 3-8.

Tchirakadze, Nino (2007): Die geopolitische Interessenpolitik im Kaspischen Raum: Die Rolle interner und externer Akteure, in: Wenzel, Heinz-Dieter (Hrsg.): Der Kaspische Raum. Ausgewählte Themen zu Politik und Wirtschaft, Bamberg, S. 1-18.

Wilhelm, Andreas (2006): Außenpolitik. Grundlagen, Strukturen und Prozesse, München.

Zangl, Bernhard (1999): Interessen auf zwei Ebenen. Internationale Regime in der AgrarHandels-, Währungs- und Walfangpolitik, Baden-Baden.

Onlinepublikationen

Joffe, Josef (2010): Der Sog des Ostens, in: Die Zeit Online vom 24.06.2010, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2010/26/Tuerkei-Aussenpolitik> [02.08.2010].

Kristianasen, Wendy (2010): Die Türkei denkt sich neu, in: Le Monde diplomatique vom 12.02.2010, abrufbar unter: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2010/02/12.mondeText.artikel,a0006.idx,1> [28.03.2010].

Schlötzer, Christiane (2010): Verfassungsreform in der Türkei. Zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in: Die Süddeutsche Zeitung Online vom 13.09.2010, abrufbar unter: <http://europenews.dk/de/node/35382> [14.09.2010].

Seker, Nimet (2009): EU-Orientierung der türkischen Außenpolitik. Strategische Tiefe und maximale Kooperation, in: Quantara, abrufbar unter: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-1290/webcom/show_article.-php/_c-468/_nr-1211/i.html [16.05.2010].

Thumann, Michael (2010a): Zentrale an Provinz: Vorwärts, in: Die Zeit Online vom 09.09.2010, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2010/37/Tuerkei-Verfassungsreferendum> [15.09.2010].

Thumann, Michael (2010b): Naher Osten. Von Freunden umzingelt, in: Die Zeit Online vom 22.05.2010, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2010/21/Tuerkei-global> [16.05.2010].